

20.05.2015

## PRESSEMELDUNG

### **Weitere Kürzungspläne des Kultusministeriums – Landeselternbeirat, Landesschülervertretung und GEW kritisieren Stellenkürzung**

Schüler, Eltern und Lehrer können es kaum glauben: Wenn das der viel gepriesene Schulfrieden sein soll, den die Landesregierung so vehement betont, dann werden Schulen zukünftig zum Sparmodell par excellence.

Nachdem bekannt wurde, dass in den gymnasialen Oberstufen Lehrerzuweisungen gekürzt werden, wird auch in den Grundschulen heftig gespart.

Das Kultusministerium wird nicht müde zu betonen, „dass Lehrerstellen vollständig von den Kürzungen ausgenommen sind. Die sogenannte demografische Rendite bleibt vollständig im System“.

Dafür werden Korrekturen bei den Berechnungen und der Grundzuweisung durchgeführt, die zu eklatanten Einschnitten in den Schulen führen.

Gerade Grundschulen müssen von Kürzungsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Sie legen nicht nur den Grundstein für die Beschulung unserer Kinder. Grundschulen arbeiten per se inklusiv - sie beschulen alle Kinder ob mit oder ohne Beeinträchtigung, mit oder ohne Migrationshintergrund und leisten erheblich gute Arbeit.

Auch SchülerInnen und LehrerInnen der gymnasialen Oberstufe sind entrüstet: Durch die Stellenkürzung werden in der Regel sehr kleine Leistungskurse wie Chemie und Französisch in Zukunft nicht mehr angeboten werden können - und wenn doch, dann nur, dann nur wenn andere Kurse dafür für Oberstufenunterricht untragbar großen Kursen unterrichtet werden. Individuelle Förderung und Forderung - das wird dann der Vergangenheit angehören. Den Ausbau von Inklusion, Ganztagschule und Deutschfördermaßnahmen über Kürzungen vorzunehmen ist der falsche Weg!

Schulen brauchen ein gewisses Maß an finanzieller und personeller Sicherheit. Die Lehrerzuweisung von 104% muss sich auf die Schulen aller jetzigen Schulformen beziehen, um dort eine entsprechend qualitativ hochwertige Beschulung der Kinder sicherzustellen. Auch die Landesregierung hat eine Fürsorgepflicht gegenüber ihrem Personal. Immer mehr Aufgaben auf die Schultern von vorhandenem Personal zu packen ist einfach nicht mehr drin.

Die Landesregierung muss Schulen finanziell und personell angemessen ausstatten und nicht noch mehr belasten!